



# FLUT

## KATASTROPHEN



**wen die Klimakrise am  
härtesten trifft und warum**



# WER WIR SIND

Wir vom Tübinger Offenen Antikapitalistischen Klimatreffen (TOAKT) kämpfen gegen die weitere Eskalation der Klimakrise, ihre Folgen und ihre Verursacher\*innen. Wir setzen uns entgegen der kapitalistischen Logik für einen Klimaschutz für die 99 Prozent, für echte Klimagerechtigkeit, ein.

Wir treffen uns am 2. und 4. Donnerstag im Monat um 19 Uhr in der Wilhelmstr. 30. Komm vorbei und mach mit!

it's time to act for climate justice!

**toakt, oktober 2022**

## Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der\*dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der\*dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

[toakt.noblogs.org](http://toakt.noblogs.org) | [@klimatreffen.tue](https://twitter.com/klimatreffen.tue)



# NACH VIER TAIFUNEN BRAUT SICH AUF DEN PHILIPPINEN EIN ZIVILER STURM ZUSAMMEN

Mitzi Jonelle Tan, Manila 2021

Am 1. November 2021 verwüstete der stärkste Taifun der Welt in diesem Jahr die Philippinen. Dieser Taifun, Taifun Goni, war der stärkste tropische Wirbelsturm in der Geschichte der Aufzeichnungen. Kaum eine Woche später schüttete der Taifun Vamco innerhalb von 24 Stunden mehr als die Regenmenge eines ganzen Monats. Der Taifun Vamco war der vierte Taifun, der die Philippinen innerhalb von drei Wochen heimsuchte. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir bereits eine Katastrophe nach der anderen erlebt. Ich saß im Dunkeln und hatte keinen Strom. Ich hatte keine Ahnung, ob meine Familie in Sicherheit oder überhaupt noch am Leben war, denn die Straßen zu unserem Haus waren bis zum zweiten Stockwerk (12 Meter hoch) überflutet. Millionen von Filipinos waren betroffen, saßen auf ihren Dächern fest, hatten Angst, waren allein und schrien um Hilfe.

Die Philippinen sind das Land mit der zweithöchsten Klimaanfälligkeit weltweit, was unserer Regierung durchaus bewusst sein sollte - vor allem nach dem Taifun Haiyan im Jahr 2013, bei dem mindestens 6.300 Menschen ums Leben kamen. Doch inmitten dieser Taifune war unser Präsident Rodrigo Duterte nirgends zu sehen.

Wo also war unser Präsident während all dieser Ereignisse? Er befand sich auf einem ASEAN-Gipfel, auf dem er über Klimagerechtigkeit sprach und die Länder des Globalen Nordens aufforderte, ihre Emissionen zu reduzieren - eine Ironie des Schicksals, denn in diesem Moment ertranken Filipinos als direkte Folge dieser Emissionen. Die Ironie wird noch größer, wenn man bedenkt, dass Duterte es multinationalen Unternehmen aus genau den Ländern, die er anprangert, erlaubt und ermutigt, unser Land zu plündern und unsere Bevölkerung zu vertreiben.

Und die philippinische Armee? Generalleutnant Parlade sagte, dass Rebellengruppen, die von vielen unserer hochrangigen nationalen Beamten als Terroristen angesehen werden, „junge Mädchen in kurzen Hosen“ benutzen, die für den Schutz der Umwelt eintreten, um junge Männer dazu zu bringen, sich kommunistischen Gruppen anzuschließen. Ich würde lügen, wenn ich behaupten würde, dass mich diese Kommentare nicht beunruhigen. Es ist beängstigend, als Terrorist bezeichnet zu werden, wenn man weiß, dass bei den philippinischen Gesetzen selbst der bloße Verdacht auf terroristische Handlungen - wie die Forderung nach einem Systemwechsel - mit Überwachung, Verhaftung ohne Haftbefehl und außergerichtlicher Ermordung geahndet werden kann.

Die Philippinen sind das zweitgefährlichste Land der Welt für Umweltschützer:innen und Aktivist:innen, und das liegt an dem System der Unterdrückung und des Schweigens, das unsere Regierung perfektioniert hat. Es macht mich wütend, dass meine Forderungen nach Umweltschutz heruntergespielt und beiseite geschoben werden. Ich sollte nicht als Terroristin bezeichnet werden, nur weil ich kurze Shorts trage. Ich sollte nicht als bloßes Werkzeug betrachtet werden, um junge Männer zu verführen. Ich bin mehr als das. Ich bin Aktivistin, keine Terroristin.

Der Albtraum so vieler Menschen aus dem Globalen Norden ist bereits unsere Realität. Ich will keine Angst mehr haben, in meinem eigenen Schlafzimmer zu ertrinken oder im Dunkeln vor einem batteriebetriebenen Radio sitzen, um zu versuchen, Nachrichten über die Städte zu bekommen, in denen meine Verwandten leben.



Ich möchte keine Angst mehr haben, dass mein Haus von der Regierung durchsucht wird. Ich will keine Angst haben, vom Militär getötet oder entführt zu werden. Deshalb erhebe ich mich über die Wellen der Angst, so wie Millionen von Aktivist:innen vor mir.

Wir fordern den Stopp von schmutziger Energie und umweltzerstörender Projekte, proaktive Klimaanpassungspläne, die die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellen, sowie Entschädigungen von multinationalen Konzernen und Kohlenstoffmultis, die uns Unrecht getan haben. Wir fordern einen neuen Anführer. Wir werden weiterhin Klimagerechtigkeit fordern, aber nicht so wie Präsident Duterte mit leeren Worten, sondern mit konkreten Forderungen. Die USA und die EU, die historisch gesehen die größten Emittenten der Welt sind, sowie China, der derzeit größte Emittent - das sind die gleichen Länder, die unser Land, unsere Meere und unsere Menschen ausbluten lassen. Die großen Emittenten sind die die am wenigsten von der Klimakrise betroffen sind, und doch ist es unser Land, das weniger als 0,4 Prozent zu den weltweiten Treibhausgasemissionen beiträgt, das darunter leidet. Wir werden nicht vergessen, dass die Industrie der fossilen Brennstoffe seit Jahrzehnten von der Klimakrise weiß und Klimaleugner:innen finanziert.

Die Zeit der Abrechnung ist gekommen. Es geht um unsere Gegenwart und Zukunft; wir, die philippinische Jugend, sind eine mächtige Naturgewalt. Wir sind revolutionär, und wir lassen uns nicht zum Schweigen bringen. Wir wissen, dass wir alle eine sicherere und gerechtere Gegenwart und eine grünere und nachhaltige Zukunft verdient haben. Wir werden weiter auf die großen CO<sub>2</sub>-Emittenten eindreschen, so wie die Taifune auf uns niedergegangen sind, um das gierige, profitorientierte System, das uns umbringt, zu ertränken und wegzuspülen. ●



# KLIMA

## GERECHTIGKEIT

### EIN HISTORISCHER ABRISS

Die Klimakrise kann man nicht davon trennen, wie unsere Gesellschaft organisiert ist. Wir müssen uns fragen, wie es eigentlich sein kann, dass etwa ein Dutzend Milliardäre die Hälfte des gesamten Weltvermögens besitzen, während gleichzeitig jedes Jahr Millionen von Menschen an den Folgen der Klimakrise sterben. Philosoph\*innen nennen das ein Problem der Verteilungsgerechtigkeit: Menschen mit geringem Einkommen, People of Color, Frauen, Indigene Menschen und andere marginalisierte Gruppen gehören schon jetzt zu denjenigen, die am meisten an der Klimakrise und ihren Auswirkungen leiden.

Viele Einführungstexte zum Thema Klimagerechtigkeit brechen an dieser Stelle ab. Bei ihnen klingt es dann so, als hätten einige Menschen in den reichen Industrieländern ‚aus Versehen‘ die größte Erhitzung des Planeten in der Menschheitsgeschichte verursacht, und dann seien auch noch, wie durch eine unglückliche Schicksalsfügung, ausgerechnet diejenigen Menschen am meisten davon betroffen, die am wenigsten dazu beigetragen haben (vgl. König 2020). Das ist aber kein Zufall. Die sozialen Ungerechtigkeiten, die von der Klimakrise befeuert werden, sind gleichzeitig ihre Ursache.

Während „Klimagerechtigkeit“ ein junger Begriff ist, ist die Verschränkung von Umweltthemen und Gerechtigkeitsfaktoren nichts neues. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fanden viele Bewegungen unter dem Schlagwort „Umweltgerechtigkeit“ zusammen. Aus der Umweltgerechtigkeitsbewegung hat sich dann die Klimagerechtigkeitsbewegung entwickelt. Aber was hat es damit auf sich?

## **Die Geburt der Umweltgerechtigkeitsbewegung: Streik in Memphis 1968**

Als Ursprung der Umweltgerechtigkeitsbewegung wird meistens die US-amerikanische Stadt Memphis im Jahr 1968 genannt. Hier wurden zwei Angestellte der Müllabfuhr von einer defekten Müllpresse erdrückt und starben. Derart unsichere Arbeitsbedingungen waren das direkte Resultat der rassistischen Politik in den Südstaaten der USA. Denn in großen Gewerkschaften – wo sich Arbeiter\*innen innerhalb ihres Betriebs oder ihrer Branche gegen ihre Chefs zur Wehr setzen können – konnten nur weiße Arbeiter\*innen Mitglied werden. Schwarze Müllarbeiter\*innen in Memphis hatten jedoch fast keine arbeitsrechtlichen Garantien.

Der Tod der beiden Männer brachte dieses Fass zum Überlaufen: Innerhalb weniger Tage organisierten die Mitarbeiter\*innen einen Streik, um für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz, bessere Arbeitsbedingungen und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft zu kämpfen. Mehr als 1.300 Streikende marschierten am ersten Streiktag zur Stadtverwaltung und konfrontierten den Bürgermeister, der sie ignorierte.

Der Streik hielt dann insgesamt 64 Tage an. Schon nach wenigen Tagen stapelten sich die Müllberge auf den Straßen der Stadt. Die Streikenden organisierten tägliche Demonstrationen mit zehntausenden Teilnehmer\*innen. Am 28. März 1968 schwänzten 22.000 Schüler\*innen die Schule, um auf die Demo zu gehen. Die Polizei reagierte mit brutaler Gewalt, Tränengas und scharfer Munition. Der 19-jährige Larry Payne wurde an diesem Tag von einem Cop ermordet. Eine Woche später kam Martin Luther King Jr. in die Stadt, um den Streik zu unterstützen, und wurde in seinem Hotel von einem Rassisten ermordet. Danach spitzten sich die Proteste auf bis zu 50.000 Teilnehmer\*innen zu – bis ein Abkommen mit dem Stadtrat getroffen wurde, das die Anerkennung der Gewerkschaft vorsah.

Der Streik von Memphis war eine der ersten namhaften Kampagnen in den USA, die den Kampf gegen Rassismus und für bessere Arbeitsbedingungen mit einem Umweltthema, der Müllentsorgung, verbanden. An vielen Orten in den USA waren es überproportional viele Schwarze und People of Color, die mit ihrer Gesundheit für die Umweltzerstörung des Kapitalismus aufkommen sollten.

## **Blockaden in Warren County, 1982**

1982 diente dieser Streik in Warren County, USA, als Vorbild: Die Regierung plante die Einrichtung einer PCB-Deponie (höchst giftige Chlorverbindungen). Doch der Ort der Deponie wurden nicht nach physischen Gegebenheiten, sondern nach demografischen ausgewählt: In Warren County lebten damals 18.000 mehrheitlich arme afro-amerikanische Einwohner\*innen, von denen nicht erwartet wurde, dass sie Widerstand leisten würden. Als die Anlieferung des Giftmülls begann, legten sich hunderte Menschen vor die Transporter.



Die Auseinandersetzungen dauerten sechs Wochen an, mehr als 500 Menschen wurden verhaftet. Schließlich willigte der Gouverneur ein, die Deponie baldmöglichst zu entgiften. Das dauerte mehrere Jahrzehnte und wurde 2004 abgeschlossen.

Memphis und Warren County werden als Sternstunde der Umweltgerechtigkeitsbewegung verstanden: Sternstunde einer Bewegung, die die sozialen Aspekte der grassierenden ökologischen Krise der 1980er und 1990er Jahre in den Vordergrund rückte. „Die Umweltgerechtigkeitsbewegung grenzte sich bewusst von der bis dato überwiegend weißen nordamerikanischen Umweltbewegung ab, die sich in vielen Fällen darauf beschränkte, die Umweltverschmutzung in den eigenen, wohlhabenden Communitys zu bekämpfen.“ (König, S.18)

## Die Bewegung

In den 90ern wurden sozial-ökologische Kämpfe auf der ganzen Welt bekannt – wie etwa in Indien, Brasilien oder Nigeria. Das führte dazu, dass die Umweltgerechtigkeitsbewegung sich zunehmend als eine globale Bewegung zu verstehen begann. 1991 wurden in Washington die 17 Prinzipien der Umweltgerechtigkeit definiert, aus denen 2002 die „Bali Principles of Climate Justice“ entstanden.

Die Klimagerechtigkeitsbewegung wie wir sie heute kennen, fußt also auf weltweiten Arbeitskämpfen, Kämpfen gegen Rassismus und Umweltzerstörung – dem Kampf ums Überleben. Die Geschichte lehrt uns: Diesen Kampf können wir nur gewinnen, wenn wir uns gemeinsam gegen die Profitinteressen von Staat und Konzernen stellen. Genau an diese Stelle ordnen wir uns in der Klimabewegung ein. ●



**NICHT ALLE SIND GLEICH**

# HOCHWASSER

Wir befinden uns in einer akuten Krise. Umweltkatastrophen wie Hitzewellen, der Verlust der Artenvielfalt sowie Überschwemmungen sind in einer um 1,2° C erhitzten Welt die Normalität und gefährden bereits jetzt unzählige Menschenleben. Berechnungen des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung zufolge wären ohne Gegenmaßnahmen hunderte Millionen von Menschen allein von schweren Überschwemmungen bedroht.

Diese Gegenmaßnahmen sind auch daher nötig, weil in den vergangenen 40 Jahren Landschaften auf eine Art bearbeitet wurden, welche Überflutungen zusätzlich begünstigen:

Es wurden Böden entwässert, störende Hecken und Wäldchen, eigentlich ein wichtiger Erosionsschutz, gerodet, Moore trockengelegt sowie Flüsse und Bäche begradigt. Moore können das Fließtempo von Wasser enorm bremsen und wirken wie ein Schwamm. 95 Prozent von ihnen sind in Deutschland in dieser Funktion ge- oder sogar zerstört. Will man sich also vor immer mehr und stärker auftretenden Überschwemmungen schützen, müssen Feuchtgebiete wieder vernässt, Flüsse renaturiert und Flächen entsiegelt (1) werden.





# CH GESCHÜTZT VOR WASSER

Zudem können in Siedlungsgebieten auch technische Maßnahmen notwendig sein, z.B. Hochwasserdämme und Hochwasserrückhaltebecken.

An Küstenregionen müssen immer höhere Deiche gebaut werden: Der Anstieg des Meeresspiegels in Kombination mit schlimmeren Stürmen gefährdet unzählige Gebiete. Die ersten Inseln sind jetzt schon nicht mehr bewohnbar. Der Effekt wird verstärkt, weil durch den Klimawandel Korallenriffe oder Mangrovenwälder absterben, die als natürliche Wellenbrecher zuvor die Küste geschützt hatten.

## **Anpassung im Kapitalismus**

Leider genießen nicht alle Menschen gleichermaßen Schutz vor Flutkatastrophen. Dämme und Hochwasserrückhaltebecken zum Beispiel sind teuer und erfordern hohe Investitionen. Der finanzielle Aspekt sollte beim Schutz von Menschenleben eigentlich keine Rolle spielen, jedoch ist das Gegenteil der Fall. Beispielsweise ergaben Untersuchungen zu den Überschwemmungen im Ahrtal, dass der Damm vor der Kiesgrube in Blessem sanierungsbedürftig war, jedoch aus wirtschaftlichen Gründen nicht erneuert wurde.

Eng verwoben mit kapitalistischen Interessen von Konzernen ist auch die Begradigung von Flüssen: Diese wurde in Europa durchgeführt, um u.a. zusätzliche landwirtschaftliche Flächen für die Produktion von Nahrungsmitteln zu gewinnen. Heute gehören viele dieser Flächen Großbetrieben und werden mit umweltzerstörerischen Monokulturen bebaut. Der öffentliche Erwerb dieser Flächen steht daher meistens kapitalistischen Interessen direkt gegenüber.

Ähnlich verhält es sich mit der Bebauung von Flächen. Angesichts der immer häufiger auftretenden Starkregenereignisse wäre es wichtig, Flächen zu entsiegeln, damit diese die Niederschläge aufnehmen können. Doch anstatt Fahrradwege oder die öffentlichen Verkehrsmittel auszubauen, wird – dem Wachstumszwang der Autokonzerne folgend – weiter auf den individuellen Autoverkehr gesetzt: Dazu braucht es eben mehr Straßen, mehr Parkplätze, mehr Flächenversiegelung.

Auf globaler Ebene sind es vor allem die ärmeren Länder, denen die finanziellen Mittel fehlen, sich vor den verheerenden Folgen der Klimakrise zu schützen. In rasant wachsenden Städten beispielsweise dehnen sich Slums in überflutungsgefährdeten Flächen aus. In den meisten Städten an der westafrikanischen Küste, in denen insgesamt rund 105 Millionen Menschen leben, werden Menschen aufgrund der Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs umgesiedelt werden müssen. Für die Betroffenen bedeutet dies, ihre Existenz an einem anderen, sicheren Ort wieder aufzubauen. Dafür muss der Zugang zu Arbeitsplätzen, Schulen und medizinischer Versorgung sichergestellt werden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen übersteigt jedoch oftmals die Kapazität armer Regionen und entspricht nicht dem Interesse der dortigen Entscheidungsträger\*innen.



Das Risiko von Flutkatastrophen wie im Ahrtal hat sich in Mitteleuropa durch die Klimakrise bereits um das bis zu Neunfache erhöht. Allein die Schäden und Verluste durch das Hochwasser in Deutschland kosteten 30 Milliarden Euro: Eine Summe, die viele Länder nicht mobilisieren können. Aufgrund neokolonialer Strukturen sind sie im globalen Wettbewerb die „Verlierer“ und abhängig vom Wohlwollen von Kapital und Staaten des Globalen Nordens. Die dort ansässigen Konzerne sind jedoch an profitträchtigen Investitionen interessiert, zu welchen beispielsweise Staudämme zur Energieversorgung von Industrien gehören, nicht jedoch überlebensnotwendige Maßnahmen wie Hochwasserdämme.

### **Die Klimakrise ist die Ursache – nichts führt am Kampf dagegen vorbei**

Die genannten Anpassungsmaßnahmen sind wegen sich anhäufender Extremwetterereignisse notwendig und wichtig. Gleichzeitig müssen wir die Ursache im Blick haben: Die Klimakrise.

Ohne, dass wir das Problem an der Wurzel packen, lassen wir zu, dass Kipppunkte erreicht und Prozesse in den Gang gesetzt werden, die wir nicht rückgängig machen können. Die momentane Erhitzung um 1,2°C könnte den „Grönlandkipppunkt“, bei dem das ganze Grönländische Eis abschmelzen wird, schon ausgelöst haben.

Außerdem hat die menschliche Anpassungsfähigkeit technische, finanzielle und physische Grenzen. Der Hurricane Katrina in New Orleans macht zum Beispiel deutlich, dass auch reiche Länder wie die USA nicht in der Lage sind, ihre Gebiete ausreichend zu schützen. Allgemein lassen sich nicht alle Schäden und Verluste der Klimakrise verhindern – etwa das „Versinken“ ganzer Inseln oder eine für den Menschen unerträgliche Außentemperatur.

Bereits bei einem globalen Temperaturanstieg von 1,5°C erhöht sich die lokale Temperatur in Teilen Südamerikas und Asiens so stark, dass sich die Menschen an mehr als der Hälfte der Tage eines Jahres nicht mehr im Freien aufhalten können – und mit steigender Durchschnittstemperatur werden immer mehr Regionen der Welt betroffen sein. Dagegen gibt es auch keine technischen Lösungen. ●

## **DIE KLIMAKRISE EINDÄMMEN - ABER WIE?**

Um die schlimmsten Folgen abzuwenden, müssen wir also die Klimakrise eindämmen. Dazu müssen wir anerkennen, dass diese aufgrund des Kapitalismus existiert: Innerhalb dieses Systems müssen die Konzerne immer mehr und immer schneller produzieren – auf Kosten von Menschen und Umwelt. Denn diese werden durch mobiles, privates Kapital finanziert, deren Investor\*innen und Eigentümer\*innen sich zurück ziehen, sobald ihnen nicht glaubhaft eine weitere Maximierung der Profite in Aussicht gestellt werden kann.

Die Finanzkrise zeigte uns beispielsweise, dass die großen Konzerne „too big to fail“ sind: Keiner dieser Konzerne darf im derzeitigen System pleitegehen, alle

müssen weiterwachsen. Ansonsten ziehen sich die Investor\*innen zurück, reißen dabei weitere Konzerne in den Strudel, der weltweite Handel bricht zusammen und mit ihr die Wirtschaft.

Dass die Klimakrise im Widerspruch zum Kapitalismus steht, sehen wir daran, dass RWE weiterhin Dörfer abreißen will, um seinen Kohletagebau auszuweiten, obwohl die Verbrennung von Kohle eine der größten Treibhausgasemittenten darstellt.



Oder daran, dass Zementgiganten wie HolcimLaFarge oder HeidelbergCement Existenzgrundlagen zerstören, um ihre extrem klimaschädliche Zementproduktion auszuweiten. Oder wiederum daran, dass Tönnies, Vion und Westfleisch mit ihrer Massenproduktion von Fleischwaren nicht nur eine extrem treibhausgasintensive Herstellungsweise betreiben, sondern auch Rechte von Menschen und Tieren zu Füßen treten.

71% der weltweiten globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen werden von nur 100 Unternehmen verursacht. Im Kampf gegen die Klimakrise können wir dabei nicht auf Handlungen durch den Staat hoffen. Denn auch der Staat ist in die kapitalistische Gesellschaftsordnung verstrickt: Wenn er den Konzernen keine Möglichkeiten bietet immer weiter zu wachsen, so ziehen diese und deren Investoren sich zurück oder sie verlegen ihre Produktion in einen Staat, die bessere Wachstumsbedingungen bietet. In beiden Fällen bricht die Wirtschaft im eigenen Staat zusammen. Daher kann es nicht im Interesse der Staaten sein, ernsthaft etwas gegen die Klimakrise und damit gegen dieses System zu unternehmen.

## **Wir brauchen ein System für die Bedürfnisse der Menschen**

Damit die Eindämmung der Klimakrise möglich wird, brauchen wir ein System, in dem für die Bedürfnisse der Menschen und nicht für den Profit produziert wird.

Wir müssen also die Mittel der Produktion – die Fabriken, Felder und Kraftwerke – aber auch Technologien und die Infrastruktur in die Hände der Gesellschaft überführen. Wirtschaftszweige, die privatisiert wurden oder schon immer in privater Hand liegen, müssen enteignet werden. Die Marktanarchie in der Produktionsplanung muss ersetzt werden durch eine geplante Wirtschaft, die demokratischen Entscheidungsprozessen untersteht. ●



## **WAS TUN?**

Die Klimakatastrophe bleibt, egal wie gut ihre Eskalation gestoppt wird, für immer ein Thema. Denn Treibhausgase brauchen mehrere hundert Jahre, bis diese wieder aus der Atmosphäre abgebaut werden. Daher werden Extremwetterereignisse kein Phänomen der Vergangenheit sein, sondern auch in den nächsten Jahrzehnten und Jahrhunderten immer öfter und mit noch größerer Kraft sich ereignen. In unserem Kampf für Klimagerechtigkeit und ein anderes Gesellschaftssystem heißt das: Der Schutz vor Naturkatastrophen wie Flut darf nicht von der Klasse abhängen. Länder, Regionen oder Stadtteile, die in den Augen der Klasse der Kapitalist\*innen als nicht „schützenswert“ gelten, müssen wir bei Flutereignissen in den Fokus rücken. Praktische Solidarität leben und Strukturen schaffen um Menschen zu helfen, die vor den Folgen von Flut, Dürre usw. fliehen, gehört dabei zu unseren Aufgaben. Aber auch unseren Kampf gegen die Verursacher\*innen müssen wir weiterführen: Konzerne, die durch ihre Produktion immer mehr die Klimakrise anheizen und letztenendes der Kapitalismus, ein Gesellschaftssystem, dass auf Konkurrenz und Ausbeutung beruht, stürzen. Erst wenn der Schutz von Menschen der Profitmaximierung und dem Drang nach Wachstum nicht mehr im Weg steht, können wir soziale und globale Gerechtigkeit, trotz weiter-schreitender Klimakatastrophe ermöglichen! ●





# BERICHT AUS DEM AHRRTAL

**Antikapitalistisches Klimatreffen Bonn, 2021**

Ich spreche als Freund\*in von einem Betroffenen und als Mensch, der sich in den vergangenen Tagen selbst ein Bild vor Ort in Ahrbrück gemacht hat und auch als besorgte Klimaaktivistin. Ich bin letzten Freitag, also zwei Tage nach der Flutkatastrophe das erste Mal nach Ahrbrück gefahren. Dort habe ich Zustände vorgefunden, die wir eigentlich nur aus anderen Ländern aus den Nachrichten kennen – und plötzlich stehe ich mittendrin. Hier in Deutschland. Die Bilder von eingestürzten Häusern und weg geschwemmten Straßen werden der Situation vor Ort nicht ansatzweise gerecht. Mir bot sich ein Bild der Zerstörung, welches meine Vorstellungskraft bei Weitem übertraf. Angekommen in Ahrbrück fand ich ein Dorf vor, in dem die Menschen auf sich

alleine gestellt waren. Menschen, die verzweifelt vor ihren Häusern standen und Menschen, die versuchten, ihr letztes verbliebenes Hab und Gut aus den Trümmern und Schlamm-Massen zu retten. Von Einsatzkräften war allerdings keine Spur. Obwohl Feuerwehr und Technisches Hilfswerk (THW) ununterbrochen im Einsatz waren, und auch 900 Soldat\*innen der Bundeswehr mit schwerem Gerät in die betroffenen Gebiete entsandt wurden, gab es offensichtlich immer noch Dörfer, in denen bisher kaum Helfer\*innen vor Ort waren. Dies zeigt ganz deutlich, dass die zivilen Rettungskräfte für Katastrophen dieser Größenordnung nicht ausreichen. Dabei fehlt es ihnen an finanziellen Mitteln. Während der Etat der Bundeswehr seit Jahren steigt, kämpfen die zivilen Rettungskräfte mit Mängeln.



50 Milliarden Euro gibt der deutsche Staat jedes Jahr für die Bundeswehr aus, damit diese im Ausland Kriege führt. Stattdessen aber sollten diese Ressourcen für den Ausbau von Feuerwehren und THW eingesetzt und die Bundeswehr in einen zivilen Katastrophenschutz unter Kontrolle der Bevölkerung umgewandelt werden.

Das verheerende Hochwasser zeigt, dass es viel mehr Geld und Kräfte für den Katastrophenschutz braucht – denn in den kommenden Jahren werden die Extremwetterlagen zunehmen. Doch diese Maßnahmen alleine reichen nicht. Wir brauchen ebenfalls sofort Notfallmaßnahmen gegen den Klimawandel. Das Hochwasser zeigt bereits, was 1,2°C Erderwärmung verursachen – im Jahr 2050 werden es voraussichtlich um die 2°C sein. Diese Entwicklungen werden durch den hohen Ausstoß von Treibhausgasen sowie durch Abholzungen von Wäldern, Flächenversiegelungen und die Zerstörung von Flussauen und ihren natürlichen Überschwemmungsgebieten weiter vorangetrieben. Um besser gegen Fluten, Hitzeperioden und Dürren gewappnet zu sein, müssten all diese Dinge radikal minimiert und entsprechende Vorkehrungen für zukünftige Katastrophen getroffen werden.

Es ist wichtig, mit klaren Worten diese Katastrophe zu benennen und Anklage zu erheben gegen diejenigen, die sie zu verantworten haben. Dabei müssen Politik und kapitalistische Großkonzerne nicht nur für die Klimakrise verantwortlich gemacht werden, sie sind auch diejenigen, die Schuld an den vielen der in Folge der Flut verstorbenen Menschen tragen. Die hohe Opferzahl hätte verhindert werden können, wenn die Regierung auf die frühzeitigen Warnungen reagiert und Menschen aus den vorhergesagten betroffenen Regionen gewarnt und evakuiert hätte.

Außerdem war seit dem letzten bundesweiten Warntag bekannt, dass vielerorts

die Warnsysteme nicht oder nur unzureichend funktionieren – statt dies unverzüglich anzugehen und zu beheben, wurde der diesjährige Warntag sogar auf das nächste Jahr verschoben. Es zeigt sich, dass unsere Regierung nicht nur unwillig, sondern das kapitalistische System insgesamt schlichtweg unfähig ist, angemessen auf Krisen zu reagieren.

Umso mehr liegt es wieder an uns. Auch wenn wir alle erschüttert von der Katastrophe sind, ist jetzt der Moment, in dem wir Solidarität praktisch werden lassen können. In Zeiten wie diesen können wir einmal mehr zeigen, dass gegenseitige Hilfe unter der Bevölkerung extreme Kräfte freisetzen kann. Allein in NRW haben Angaben zufolge über 20.000 Freiwillige die Einsatzkräfte unterstützt, es wurden tausende Euros an Spenden gesammelt. Diese Solidarität gilt es unbedingt aufrecht zu erhalten. Mit den vielen Häusern, die nach wie vor unter Wasser stehen, Trümmern und Schlamm überall, ist es jetzt an der Zeit, die Ärmel hochzukrempeln und mit anzupacken.

Wir können als Klimagerechtigkeitsbewegung nicht immer nur vor den Folgen der Klimakrise warnen, sondern wir müssen auch dann da sein, wenn es darum geht, ihre Folgen zu bewältigen. Um den Katastrophenschutz von unten zu organisieren, sollten sich Zusammenschlüsse in Städten und Dörfern bilden, in denen Betroffene und Einsatzkräfte gemeinsam über die notwendigen Maßnahmen entscheiden können und damit auch die Hilfe von außerörtlichen Helfer\*innen besser koordiniert werden kann. Darüber hinaus können Menschen sich auch ehrenamtlich in lokalen Institutionen wie der Feuerwehr oder dem Katastrophenschutz beteiligen, denn bundesweit fehlen tausende Einsatzkräfte.

Unsere Solidarität gegen ihre Klimakrise!





„Länder, Regionen oder Stadtteile, die in den Augen der Kapitalist\*innen als nicht „schützenswert“ gelten, müssen wir bei Fluten in den Fokus rücken. Praktische Solidarität leben und Strukturen schaffen, um Menschen zu helfen, die vor den Folgen von Hochwasser und Dürre fliehen. Aber auch unseren Kampf gegen die Verursacher\*innen müssen wir weiterführen.“

